

"Hau den Banker !"

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Es begann relativ harmlos mit der Subprime-Hypothekenkrise, die ausserhalb der USA anfänglich als lokales Problem betrachtet wurde. Als sich die Immobilienkrise in den USA aber auf die Kreditmärkte generell ausweitete und sogar die Obligationen- und Aktienmärkte weltweit erfasste, begannen die Alarmglocken zu läuten. Die Angst vor einer Depression à la 1929 führte schliesslich zu Staats- und Notenbankinterventionen in gigantischem Ausmass. Die Schuldigen wurden bald gefunden: die Banker und ihre Boni. Und ebenso rasch werden Rezepte präsentiert, wie man die Welt vor der Habgier und den Grossrisiken der Banken retten kann. Die Banken müssten verkleinert und zusätzlich besteuert werden.

Am Anfang der Finanzkrise standen aber nicht die Boni und die Banker, sondern eine globalen Verschuldungsorgie, der weder die Finanzmarktaufsichten noch die Gesetzgeber rechtzeitig entgegentraten. Im Gegenteil. In den USA wurde die der Eigenheimbesitz und damit die Schuldenmacherei sogar staatlich gefördert. Das jahrelange künstliche Wachstum auf Pump hat nun aber seine Grenzen wegen der steigenden Zinsenlast erreicht. Eine Korrektur dieser Fehlentwicklung, der Abbau der riesigen Schuldenberge, kann aber nicht ohne massiven Wohlstandsverlust erfolgen. Allein schon die Stabilisierung der Kreditbestände auf dem erreichten Niveau hat zu einem Wirtschaftseinbruch und steigender Arbeitslosigkeit geführt. Anstelle der Neuverschuldung der Konsumenten und der Industrie ist nun weitgehend der Staat getreten. Mit Staatsschulden wird das Wachstum der Weltwirtschaft wenigstens auf Sparflamme aufrechterhalten. Aber wie die privaten Haushalte mit der Zinsbelastung in existenzielle Nöte geraten sind, werden auch Staaten eines Tages von den Märkten diszipliniert werden. Vorbote von dem, was den USA, Japan und anderen Staaten bevorsteht, ist Griechenland.

Die Politik weigert sich aus Angst vor den Folgen, die exzessive Schuldenmacherei, zu bekämpfen. Im Gegenteil, in den USA, dem Ursprungsland der Finanzmisere, wird die Hypothekarverschuldung durch die zwei zwischenzeitlich verstaatlichten Hypothekarinstitute, die praktisch ohne Eigenkapital und mit lockeren Kreditvergabe-Usancen arbeiten, weiterhin gefördert. Die gleichen Regierung Obama, die eine Redimensionierung des Bankensektors fordert, beknet die Banken, mehr Kredite zu vergeben. Statt die Banken abzustrafen, sollten sich die Regierungen Gedanken darüber machen, wie man Wachstum ohne exzessives Leben auf Pump erzeugen kann. Dazu müssten Anreize geschaffen werden, damit sich Eingehen von Unternehmerrisiken wieder lohnt. Stattdessen stehen in den meisten Ländern Steuererhöhungen an. Die Notenbanken werden aus Rücksicht auf die Staatsschulden zusehends ihre Unabhängigkeit einbüßen, denn bei einem Zinsanstieg wird nicht nur die Konjunktur gebremst. Gleichzeitig nimmt auch der

Schuldendienst der Staaten rapide zu. Eine permanente Tiefzinspolitik wird die Altersvorsorge, die auf höheren Kapitalerträgen basiert, in Schwierigkeiten bringen. Die Staatsdefizite werden sich früher oder später auch in den Währungen niederschlagen. Eine Rückkehr von der voraussichtlichen Verschuldung der OECD-Länder von bald gegen 120% des BIP auf ein vertretbare Ausmass von 60%, wie in den Maastrichter-Verträgen postuliert, würde in den nächsten 20 Jahren eine jährliche Korrektur der Fiskalpolitik um 8% voraussetzen. Statt eines durchschnittlichen Defizits von 3,5% des BIP müsste ein Überschuss von 4,5% resultieren. Das Auslaufen der Konjunkturprogramme bzw. der Wegfall der krisenbedingten Sonderlasten wird rund 1,5% beisteuern. Ein Einfrieren der realen Sozial- und Staatsausgaben auf dem heutigen Niveau würde weitere 3,5% bringen. Die restlichen 3% müssten jedoch über höhere Staatseinnahmen beschafft werden. Zusätzliche Staatseinnahmen in Höhe von 3% des BIP entsprechen jedoch nicht einer Steuererhöhung um 3%, denn diese machen in der OECD "nur" 36% des BIP aus. Bezogen auf diese 36% entsprächen die notwendigen zusätzlichen Staatseinnahmen somit einer Steigerung um rund 8%. Daraus wird aber kein Wachstum resultieren, denn die Zusatzeinnahmen werden lediglich zur Schuldentilgung über die nächsten 20 Jahre benötigt.